

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 217 Nr. 74/120

Bezugspreis: vom 16.-21. 5. 24 1.30 Goldmark, — Befreiungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zustellungen entgegen. — Höchstens gewalt mindere den Betrag von Subskription.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 84 mm breit und 20 mm hoch. Kleinanzeigen: 6 Pfennig, Familien-Anzeigen: 4 Pfennig, Stellenangebote: 3 Pfennig, Die üblichen Gebühren der Kommunitäten, 40 Pfennig, Nachbarn nach Zeit, Erläuterungen: Halle-Saale.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernamt Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6869 und 5810. — Postfachkonto Leipzig 20 512.	Mittwoch, 21. Mai 1924	Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernamt Amt Kurier Nr. 691, Chefsache Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uhle, Halle-Saale

Um die Regierungsbildung

Abgelehnte deutschnationale Einladung

Das Angebot der Deutschnationalen

Berlin, 20. Mai.
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei ein Schreiben geschickt, in dem es heißt:
„Das Angebot der Deutschen und die dadurch gestiftete innere und äußere Lage erfordern nach unserer Auffassung sofort vorbereitende Verhandlungen über die Regierungsbildung. — Die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung ergeht für Mittwoch, den 21. Mai, 10 Uhr vorm. im Reichstag. Diese Einladung wollen wir einhalten nur an dem, wenn die Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei gerätet, indem wir davon ausgehen, daß so am raschesten eine Stärkung der Lage herbeigeführt werden könnte. Inwiefern eine Berücksichtigung der einzelnen Regierungspartien sich ermöglichen läßt, bitten wir zunächst der mündlichen Verhandlung vorbehalten zu werden.“

Ablehnung der Einladung durch Zentrum und D. V. P.

Berlin, 20. Mai.
Zentrum und Deutsche Volkspartei haben die Einladung der deutschnationalen Fraktion abgelehnt mit der Bemerkung, daß sie eine gleiche Einladung an die Deutsche Demokratische Partei vermischen, die Parteien der Mitte seien in Verhandlungen über eine evtl. Regierungsbildung als Einheit aufzutreten zu wollen.

Der heimliche Zug nach Rechts

Berlin, 20. Mai.
Allgemeine Vermutung herrscht über die Platzierung der Fraktionen im Plenarsaal. Die deutschnationale Rechte hat mit einem Male zum Anziehungspunkt aller Parteien zu werden, die Wert darauf legen, nicht abzuweichen von der Mitte zu gehen. Die Nationalsozialisten erkennen zum ersten Male als Fraktion im Reichstag. Sie legen Wert darauf, unmittelbar neben den Deutschnationalen zu sitzen. Diesen Platz aber macht ihnen die „Deutsche Volkspartei“ streitig, die ursprünglich die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ vertragen hat. Auch die „Bayerische Volkspartei“, die bislang links hinter dem Zentrum platziert war, scheint ein wenig weiter nach rechts rücken zu wollen. Kurzum, nicht die „große Rechte“ steht mit wirbiger Luft auf. Die gedehnte Mittelstraße der Erfüllung scheint von der Arbeitsgemeinschaft doch lieber beschrittenen Tieren begeben zu werden.

Volkspartei und Demokraten bei der Arbeit

Berlin, 20. Mai.
Auch die Deutsche Volkspartei hat heute vormittag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Stösemann um eine Sitzung zusammen. Zunächst referierte Abg. Rauch über das Sachverhältnis der Verhandlungen. Die Fraktion der Demokraten war, konstituierte sich und setzte zur Vorbereitung der Verhandlungen und der Kommunitätenbesetzung eine Kommission ein. Coburn hielt der bisherige Parteivorstand die Rede, was einleitende Wort über die allgemeine politische Lage, über die Parteiverhältnisse und die Mittelbesetzung und die Konferenzen mit dem Reichsminister. Danach folgte eine allgemeine Rede über die Frage der Regierungsbildung und des Sachverhältnisses der Parteien.

Vor dem Beginn der Reichstagsfraktionen

Berlin, 20. Mai.
Wie wir erfahren, wird Reichstagspräsident Reiche heute nach dem Beginn der Reichstagsfraktionen im Reichstag, dem Zentrum des Aufnahmetermins des Reichstags haben. Voraussichtlich wird man sich am Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr einfinden.

Erkung Helfereichs durch die Deutsch-nationale Fraktion

Berlin, 20. Mai.
Wie wir ergingend zu unserem Bericht über den Zusammenkunft der deutschnationalen Fraktion im Reichstag erfahren, wurde die Sitzung durch einige Gesundheitsfragen, die der Reichstagspräsident dem verstorbenen Staatsminister A. B. Reiche überreichte, unterbrochen, eröffnet. Die Anwesenden erhoben sich und trübten ihre Stühle.

Demokratische Anträge

Berlin, 20. Mai.
Die demokratische Fraktion beschäftigt, verschiedene Anträge zum Plenum einzubringen, und zwar über die Aufhebung des Beamtenabbaues und des Pensionskürzungs-

gesetzes und die Einführung des Wahlrechtes für Gelehrte auf hoher Ebene. Ferner verlangt die Fraktion die Vorlegung eines Journalengesetzes und Einführung des Wahlgesetzes in Bezug auf Vertretung der Arbeiter. Sie haben sich die Beratungen der Fraktionen auf die Behandlung der Grundfrage bezogen, die die Regierungsparteien inwieweit in ihren Vorgesprächen für die Außenpolitik ausgearbeitet haben.

Säbe über die Haltung der Sozialdemokratie

Breslau, 20. Mai.
Reichstagspräsident Heise sprach gestern in einer Parteierammlung über die Haltung der sozialdemokratischen Partei. Er erklärte aus, daß die Regierungsbildung, die von der Partei am häufigsten herbeigeführt worden sei, der Bürgerblock wäre, der eine feste Oppositionspolitik ermöglichen würde. Der Opposition der Sozialdemokratie seien aber durch die politische Lage sachliche Grenzen gesetzt. Sie dürfe keine Opposition gegen die Maßnahmen einer Regierung treiben, die der Durchführung des Sachverhältnisses dienlich seien. Sie dürfe auch nicht die zur Schwächung des Parlamentarismus durch Obstruktion gehen, die nur den rechtsfähigen Gegnern der Demokratie die Verrückung ihrer antiparlamentarischen Pläne erleichtern würde. Wäre es bei der Partei, der Deutschnationalen es nicht zu erlauben, die Unabhängigkeit ihrer bisherigen Außenpolitik jetzt praktisch selbst zu beenden. Es sei aber etwas anderes, ob man den Deutschnationalen selbst die Regierungsbildung überlasse oder ihnen nur die Möglichkeit der Beteiligung an einem Kabinett der übrigen bürgerlichen Parteien eröffne. Wenn Heise gerade auf die Übernahme des Reichsfinanzpostens bringe, so müsse man auch an die Möglichkeit denken, daß er eine parlamentarische Mehrheit nicht finde und dann doch die Macht gegen den Reichstag zu wenden würde. Dann wäre auf jeden Fall legalem Wege das Ziel der Wähler wieder umgehoben, und das heißt die Sozialdemokratie die Hand nicht bieten. Sollte der Versuch des Bürgerblocks scheitern, so müßte sie diesem rechtsfähigen Diktaturverlauf einer Regierung der Mitte vorgehen.

Krafft über die Politik der Deutschnationalen
Paris, 20. Mai.
Der „Express“ bringt ein Interview seines Reichstagsabgeordneten mit Crispian. Der deutsche Reichstagsabgeordnete erklärte, die Sozialdemokratie werde mit allen Kräften versuchen, einen Volksentscheid über die Annahme oder Ablehnung des Sachverhältnisses herbeizuführen. Weiter erregte sich Crispian in einer scharfen Kritik an dem Verhalten der Deutschnationalen. Er meint aber, daß, wenn die Deutschnationalen die Regierung übernehmen, sie vor allem über die Politik der Opposition gegen die Entente nicht festlegen würden. Es komme ihnen lediglich darauf an, die innere Politik nach ihrem parteipolitischen Gutdünken zu leiten. In der Zukunft, was Preußen anbetreffe, seien sie entschlossen, in Preußen die Einflüsse der Sozialisten aufs äußerste zu bekämpfen und wollen sogar die über die Reichsregierung, um schließlich die Arbeiterklasse links zu kriegen. Preußen würde auf diese Weise wieder die Hohegartern, ebenso wie Bayern im Begriff stünde, die unannehmbare Forderung der Mittelstaaten zu werden. Schließlich sagte Crispian, er sei bei seiner Überzeugung, daß am 4. Mai von der Rechten und der äußersten Linken erzielte Folge nur vorübergehend sei und die republikanische Idee in Deutschland Wurzel gefaßt haben.

Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn

Berlin, 20. Mai.
Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn, die in diesem Augenblicke im Gange sind, ergaben, soweit bisher Resultate vorliegen, das überraschende Ergebnis eines nicht unerheblichen Rückganges der kommunistischen Stimmen.
In Halle erhielt der Deutsche Eisenbahner-Verband (freigewerkschaftlich) 7972 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahner-Verband (christlich) 1938 Stimmen, der Gewerkschaftsbund der Eisenbahner (christlich) 470 und die Vereinigte kommunistische Opposition 1248 Stimmen.
Bei den Wahlen der Betriebsräte in Sachsen haben die Kommunisten 3448 Stimmen erhalten und damit

gegen das Vorjahr 1000 Stimmen verloren. Der Deutsch-Eisenbahner-Verband erhielt 2419 und die christliche Richtung 348 Stimmen. Im Bezirk Oden (Frankfurt a. d. Oder) war das Wahlergebnis folgendes: D. E. V. 6894, A. E. V. 1881, G. D. E. 380, Kommunisten 454. Am bemerkenswertesten ist der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Darmstadt, wo der D. E. V. im Betriebsrat 40 Sitze, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 9 Sitze, der Allgemeine Eisenbahner-Verband 8 und die Kommunisten nur 2 Sitze erhielten. In Königsberg in Preußen, der bisherigen Stützpunkt der Kommunisten, erhielt der D. E. V. 8000 Stimmen, die Kommunisten dagegen nur 62 Stimmen. Auch in Leipzig und Berlin, besonders aber in Nürnberg, dem bisherigen Rückhalt der Berliner Oppositionellen Eisenbahner, ist ein starker Rückgang der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen.

Um die neue Regierung Württemberg

Stuttgart, 20. Mai.
Heute tritt der neu gewählte württembergische Landtag erstmals zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht nur die Wahl des Landtagspräsidenten. Die bisherigen Landtagspräsidenten wurden, sind feste Einrichtungen. Ebenso ist es bezüglich der Wahl der Parteien über die Regierungsbildung. Das Zentrum, das im letzten Kabinett die Führung der Regierung innehatte, ist nicht gerührt. Die Rechte wird von sich aus nicht mit der Forderung zur Teilnahme an der Regierung herbeizutreiben, obwohl sie mit 25 Sitzen die stärkste Fraktion ist. Sie verhält sich durchaus ablehnend. Alle Kombinationen, die in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse bisher über den künftigen Staatspräsidenten verbreitet wurden, sind feste Einrichtungen. Ebenso ist es bezüglich der Wahl der Parteien, wenn bereits ein Kandidat für den Berliner Gesandtenposten genannt wird. Dagegen ist es die Auffassung aller bürgerlichen Parteien, daß sich der Sozialdemokratien Widerstand bei einer bürgerlichen Regierung in Württemberg nicht länger halten kann. Nach Lage der Sachverhältnisse des Landtages ist mit der Wahl eines Staatspräsidenten in der ersten Sitzung noch nicht zu rechnen, da erst nach dem Zusammentritt des Landtages die Parteien untereinander Abklärung nehmen werden. Die Demokraten überlegen sich wohl schon jetzt eine rein bürgerliche Koalition, obwohl sie mit ihren neuen Sitzen nur über ein Drittel der Stimmen des Landtages verfügen. Ein demokratisches

Der Terror an der Ruhr

Ossen, 20. Mai.
Die Kommunisten benutzen die neue Verfassung des Ruhrkommissars, um für einen allgemeinen Generalstreik Stimmung zu machen. Infolge des planmäßigen Terrors werden die Arbeitswilligen im Ruhrgebiet immer mehr eingeschüchtern, so daß vielfach nicht einmal die Rohstoffarbeiten ausgeführt werden können. Auf allen Seiten des Grenzgebietes der Ruhr wurden heute morgen alle Beamten und Arbeiter an Betrieben der Rechten mit Gewalt verhaftet. Ähnliche Meldungen liegen heute früh aus den Gruben des Essener Reviers vor. Verhörtene Sozialpolitiker und alle Arbeiterkammern sind in voller Tätigkeit. Ohne inoffiziellen die gewaltigen Menschenmengen etwas ausrichten zu können. Die Gefahr für die Grubenbetriebe ist außerordentlich groß. Die Folge davon wird sein, daß selbst nach Beilegung des Konfliktes die Wiederherstellung der Arbeiter nicht sofort erfolgen kann. Es wird vielfach monatelanger Arbeitslosigkeit, um die schwersten Schäden wieder zu beheben. Im Ruhrgebiet werden mehrere Funktionen der syndikalistischen Union besetzt; bei einer Hausdurchsuchung in den Bureaus der Syndikalistik wurde sehr wertvolles Material gefunden.

Aufforderung zu Gewalttätigkeiten

Böckum, 20. Mai.
Die Kommunisten setzen ihre Wahlarbeit in Ausübung der vorgezeichneten Schritte des Betriebsrätekonfliktes fort. Es wird ein Aufruf der Kommunisten verbreitet, welches unterhält zu Gewalttätigkeiten aufzufordern. So werden die Betriebsräte angehalten, in den Betriebsmangeln zu gehen und sich Lebensmittel herauszuholen, die Gemeindevormalungen zu ändern, Gelder für Lebensmittel an die Arbeiter zu vergeben, auch soll kein Kandidat für Reichslandarbeitern vertrieben werden. Bei den Bochumer Werken mit seinen 10 000 Arbeitern wird die Lage insofern kritisch, als Arbeiter der Betriebsabteilung von Martin-Werke, einmarmalade aufrecht erhalten werden konnte, da es dem Bochumer Verein möglich war, die Kohlenbestände seiner Werke abzurufen zu lassen. Gestern wurden die Kohlenwerke des Werkes am Wismarort gequ coast. Die Verhinderung wird heute befristet, ob der Betrieb eingeschüchtern fortgesetzt werden aber stillgelegt werden muss.

Der Rest des Baumaterials. Die Lage des Baumaterials hat sich im Vergleich zu den letzten Wochen nicht wesentlich geändert. Viele Betriebe des Baumaterials sind mit der Bearbeitung neuer Projekte beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit hat sich abgemindert. In Berlin zeigt sich, daß die Zahl der vorhandenen Facharbeiter des Baumaterials kaum abnimmt, um eine auch nur annähernd normale Beschäftigung durchzuführen. Späterere Zeiten werden sich hier bei 50 bis 60 Prozent am besten verhalten. Im Nebenbau ist die Beschäftigung geringer, am schlechtesten sieht es im Tiefbau aus, der mit Ausnahme von Wohnbauten auf die nicht sehr zahlreichen Aufträge der Eisenbahnverwaltung angewiesen ist. Das Bauvermögen ist ziemlich fest. Bauholz ist ebenfalls teurer geworden.

Kontingenzen

Berlin, 30. Mai. Der Fall des Schloßhofs Vorder hat im Wesentlichen die Rolle unserer Wirtschaft gemacht und im Zusammenhang damit werden an der heutigen Börse Gerüchte und Befürchtungen im Umlauf, die offenbar in unerschütterlicher Weise auf einfallende Unternehmungen besonnen. Ferner wurde das Gefühl der Unsicherheit wieder geweckt und die Käufer abgefeuert. Der Kursverfall wurde auch durch den gestrigen Erfolg der Deutschen Industrievereinigung offenbar gehobene Aussicht in den verflochtenen Kreisen unserer Industrie. Man hegte die Be-

forungs, daß solche Festsetzungen der Erlösung von unverschuldeten Verbindlichkeiten mit sich bringen, noch nicht gegen den Wechselbank bilden den Gegenstand der Delegation. Das bei Beginn vorigen Jahres drückte daher empfindlich auf den Kursstand. Am Donnerstag für Malaktion, derleiige Festsetzungen sind für ein Viertel bis zwei Drittel der Zeitlücke nur durch gleichen Laufzeit in Weisheitsgefühl gezogen und sich Geschäftsaktivitäten kaum wiederherstellen, erhalten sich aber etwas bei auswärtsigen Kaufinteresse. Banken bedeckten auf. Am Montag wurde das Gefühl unerschütterlich fest. Gerüchte über den bevorstehenden Zusammenbruch der Reichsbank, doch blieb die Stimmung nicht gebrochen. Am Donnerstag war die Börse sehr lebhaft, Paris und Brüssel wurden im Hinblick auf die internationalen Bemerkung wieder etwas niedriger notiert. Die Zuteilungen wurden zum Teil erhöht.

Am weiteren Verlauf der Börse war die Stimmung sehr zurückhaltend. Aus der Buchung trafen noch eine Reihe von Verkaufsaufträgen ein, die auf das Kursniveau drückten. Zum Schluß ließ sich die Spekulation jedoch zu einigen Deckungsarbeiten. Vor allem Kontraktwerte waren gefragt, während Wertpapierpreise ziemlich vernachlässigt wurden.

Der Kassamarkt eröffnete das Geschäft in durchschnittlicher Haltung und konnte auch zum Schluß sich nicht erholen. Manche Papiere hatten Abminderungen bis zu 10 Prozent zu erzielen. Die Kursgewinne waren dagegen mäßig.

Berliner Börse vom 20. Mai 1924

19.5.20.5.		19.5.20.5.		19.5.20.5.		19.5.20.5.		19.5.20.5.		19.5.20.5.		19.5.20.5.		19.5.20.5.	
In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.	In Billionen Mk.	19.5.20.5.
D. Reichsbank	18.5 20.5	Deutsche Bank	18.5 20.5	Commerzbank	18.5 20.5	Industrie- und Handelsbank	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5
D. Reichsbank	18.5 20.5	Deutsche Bank	18.5 20.5	Commerzbank	18.5 20.5	Industrie- und Handelsbank	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5	Bank für Sozialwesen	18.5 20.5

Weitere Berliner Kurse.

20.5.1924		20.5.1924		20.5.1924		20.5.1924		20.5.1924	
Goldmark	100.00	Deutsche Bank	100.00	Commerzbank	100.00	Industrie- und Handelsbank	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Deutsche Bank	100.00	Commerzbank	100.00	Industrie- und Handelsbank	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00